



Liebe Leserinnen und Leser,

am Dienstag dieser Woche hat der Senat eine sehr wichtige Entscheidung getroffen: Bremen kauft die - nach der GEWOBA - zweitgrößte Wohnungsbaugesellschaft unserer Stadt, die BREBAU. Damit schlagen wir in Bremen ein neues Kapitel im städtischen Wohnungsbau auf!

Bezahlbares Wohnen ist *die* soziale Frage unserer Zeit. Wir dürfen das Recht auf Wohnen nicht den Kräften des Marktes überlassen. Das bedeutet vor allem, dass der Staat noch viel stärker als bislang, wieder die Kontrolle über Mieten und Planungen beim Wohnungsbau übernehmen muss.

Die BREBAU ist als Unternehmen sehr gut aufgestellt: mit gut 6.000 Wohnungen im eigenen Besitz und rund 5.000 weiteren Wohn- und Gewerbeeinheiten in der Verwaltung. Ich bin sicher: Jeder Euro, den wir für bezahlbare Mieten in die Hand nehmen, ist gut angelegtes Geld. Das gilt für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land insgesamt und natürlich ganz konkret für die vielen Tausend Mieterinnen und Mieter, die wir dadurch langfristig vor Mietspekulanten und Heuschrecken-Investoren schützen.

Was mir noch wichtig war: Auch die Ausrichtung der GEWOBA bleibt städtisch mit privater Beteiligung. Anders als von einigen behauptet, wird Bremen zukünftig mit 75,1 Prozent an der GEWOBA sogar noch deutlich stärkeren Einfluss haben und der Bankenpool wird mit einer starken Beteiligung der Bremer Sparkasse auch bremisch geführt sein, um den GEWOBA-Mietern weiter eine gute Zukunft zu sichern.

Herzlichst
Ihr Bürgermeister Carsten Sieling
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

In dieser Ausgabe

- Interview mit Zeit online: „Wir müssen das Stigma Hartz IV überwinden“2
- Feierliche Eröffnung der 65. Bürgerpark-Tombola.....6
- Gute Nachrichten für Bremer Mieterinnen und Mieter: Mehr kommunaler Wohnungsbau.....6
- Interview mit dem Weser-Kurier: „Niemand will eine Betonwüste.....8
- Bremer Kulturszene im Rathaus... 10
- Neuer Ortsamtsleiter für Oberneuland.....11
- Bürgerservice deutlich verbessert - Programm Zukunftsorientierte Verwaltung zeigt positive Wirkung....12
- Feierliche Verleihung des 65. Bremer Literaturpreises.....15
- Aufruf zu vielfältiger und lebendiger Erinnerungsarbeit.....16
- Ausblick auf kommende Termine...16
- Impressum.....17

„Wir müssen das Stigma Hartz IV überwinden“

Interview mit Lisa Caspari und Michael Schlieben, Zeit online.

Seit 1946 führt die SPD durchgehend die Regierung in Bremen an, doch das könnte nach der Landtagswahl im Mai vorbei sein. Bürgermeister Carsten Sieling arbeitet seit 2015 zwar geräuschlos in einer rot-grünen Koalition, doch seine Umfragewerte sind schlecht. Der Finanzexperte gilt als zu nett. Die Krise der Bundes-SPD belastet den Parteilinken, der sich Reformen an Hartz IV wünscht und Bremen als Beispiel nennt. Ein Gespräch darüber, warum Deutschland auf das kleinste Bundesland schauen sollte.

ZEIT ONLINE: Herr Sieling, alle reden über die Landtagswahlen im Osten, nur Bremen wird in der Aufzählung des Superwahljahres immer vergessen. Fluch oder Segen?

Carsten Sieling: Wir haben über 70 Jahre SPD-Regierung zu verteidigen, da sollten lieber alle hinschauen. Bremen hat das falsche Image, arm und sozial schwach zu sein. Wir haben aber die harten Jahre überwunden. Ich will für unsere Erfolge werben: 2017 hatten wir das größte Wirtschaftswachstum von allen Bundesländern, die Arbeitslosigkeit liegt unter zehn Prozent. Das ist zwar höher als anderswo, aber man muss auch beachten, wo wir herkommen. Wir haben seit 2015 20.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, unseren Haushalt voll im Griff und werden 2020 die Schuldenbremse einhalten. Vor einigen Jahren gab es noch Zweifel, ob das zu schaffen ist.

ZEIT ONLINE: In der jüngsten Umfrage lagen SPD und die in Bremen eigentlich chronisch schwache CDU trotzdem gleichauf, die Grünen nur knapp dahinter. Das sieht nach Wechselstimmung aus. Woran liegt das?

Carsten Sieling: Der jahrelange Haushaltsnotstand ist an den Menschen nicht spurlos vorbeigegangen. Bremen ist eine dieser "Großstädte im Stress": hohe

Langzeitarbeitslosigkeit, hohes Bevölkerungswachstum, hohe Migrationsquote und dazu unterfinanzierte öffentliche Haushalte. Und klar, die Situation der SPD im Bund ist auch nicht einfach. Für uns bedeutet das, dass wir noch klarer machen müssen, wie positiv die Entwicklung in Bremen ist und welche Perspektive wir haben. Wir haben unsere Bürgerämter modernisiert, heute sehen Sie keine Schlange mehr. Wir haben die Polizei verstärkt, Tausende neue Kitaplätze geschaffen, wir sind Vorreiter bei der Digitalisierung. Um nur einige Beispiele zu nennen.

ZEIT ONLINE: Vielleicht ist es auch einfach anachronistisch, dass eine Partei seit 70 Jahren regiert. Gehört der Wunsch nach Wechsel nicht zur Demokratie?

Carsten Sieling: Die Bremer SPD ist bei jeder Landtagswahl wieder bestätigt worden als die Partei, die die Regierung führen soll. Und Wechsel gab es selbstverständlich auch, weil es schon alle Koalitionen gab: SPD-Alleinregierung, eine Ampel, große Koalition und nun Rot-Grün.

ZEIT ONLINE: Rot-Grün regiert jetzt seit bald zwölf Jahren.

Carsten Sieling: Das ist doch eine Stabilität, nach der sich heute viele sehnen. In unserem kleinen Bundesland mit seinen sehr unterschiedlichen sozialen Milieus gilt es, den Zusammenhalt zu gewährleisten. Der erste Nachkriegsbürgermeister hat die schöne Formel vom Bündnis aus Arbeiterschaft und Kaufmannschaft geprägt. Das würde man heute vielleicht anders formulieren, aber genau das ist die Aufgabe: die Gesellschaft zusammenzuhalten. In Bremen ist die SPD noch Volkspartei.

ZEIT ONLINE: Haben Sie keine Angst, dass die Grünen sich als neue SPD etablieren könnten?

Carsten Sieling: Teile der Grünen in Bremen mögen mit einem Jamaika-Bündnis liebäugeln. Insgesamt haben wir aber gut zusammengearbeitet. Aber natürlich kämpft im Wahlkampf jeder für sich

und ich bin da ganz entspannt: Die neue SPD erkenne ich bei den Grünen nicht.

ZEIT ONLINE: Wieso nicht?

Carsten Sieling: Die SPD hat den sozialen Zusammenhalt, die Vielfalt der Gesellschaft und das wirtschaftliche Wachstum gleichermaßen im Blick. Die Grünen haben die Klientel mit dem höchsten Durchschnittseinkommen. Sie können eine Politik machen, die man sich erlauben können muss. Ich habe nichts gegen Bioläden und vor allem nichts gegen gesunde Ernährung, aber mein Interesse ist, dass wir die gesunde Ernährung in der Breite hinkriegen, dass in den Schulen gut gegessen wird. Das ist wichtiger als der teure Bioladen um die Ecke. Und übrigens: Auch die SPD macht Umweltpolitik, da waren wir in Bremen immer Vorreiter.

ZEIT ONLINE: Der Bremer AfD-Kandidat Frank Magnitz wurde nach einer Neujahrsfeier angegriffen. Hat die Tat Auswirkungen auf das gesellschaftliche Klima in der Stadt?

Carsten Sieling: Die AfD ist in Bremen bislang schwächer als

bundesweit und das ist auch gut so. Wir sind ein weltoffenes Bundesland. Der Senat hat sich immer klar positioniert, dass Gewalt gegen Andersdenkende gar nicht geht. Es gab in der Folge des Angriffs auf Herrn Magnitz Kundgebungen der AfD und gleichzeitig eine gegen die rechte Instrumentalisierung der Tat – beide gewaltlos.

ZEIT ONLINE: Manche sagen, die Bremer Behörden gingen linksextremer Gewalt nicht so streng nach wie rechtsextremer.

Carsten Sieling: Der Vorwurf ist ebenso alt wie falsch, dafür gibt es überhaupt keinen Beleg. Polizei und Sicherheitskräfte ermitteln konsequent in alle Richtungen, eine Sonderkommission wurde eingerichtet, das Fahndungsvideo wurde veröffentlicht. Welche Ursache dieser Übergriff hat,

ist nach wie vor offen.

ZEIT ONLINE: Was meinen Sie damit?

Carsten Sieling: Es gibt immer noch keine endgültige Erkenntnis. Wir wissen nicht, ob der Übergriff politisch motiviert war. Es gibt ein Bekennterschreiben, das war aber höchstwahrscheinlich falsch. Die Täter hatten die Kapuze übergezogen und sind daher leider nicht so einfach zu identifizieren.

ZEIT ONLINE: Sie sind nach dem überstürzten Rücktritt Ihres Vorgängers Jens Böhrnsen 2015 Ministerpräsident geworden. Dies wird ihr erster Wahlkampf als Spitzenkandidat. Belastet es Sie, dass Sie als zu nett für die harte politische Auseinandersetzung gelten?

Carsten Sieling: Ich halte einfach wenig von Basta-Politik. Erfolg ist immer auch eine Gemeinschaftsleistung. Dabei darf man ruhig freundlich bleiben.

ZEIT ONLINE: Sie wollen im Wahlkampf also als derjenige auftreten, der Bremen erfolgreich saniert hat?

Carsten Sieling: Ich will, dass wir in Bremen nun nach einem Jahrzehnt der harten Sparpolitik in ein Jahrzehnt der Investitionen eintreten. Das heißt aber nicht nur, Beton ausgießen, sondern in die Köpfe der Menschen, in Sozial- und Bildungspolitik investieren.

ZEIT ONLINE: Was machen Sie dann, wenn der Wirtschaftsabschwung kommt?

Carsten Sieling: Mal sehen, ob überhaupt einer kommt. Die deutsche Wirtschaft ist stark. Gerade in unsicheren Zeiten darf der Staat nicht wackeln, sondern muss auf Investitionen setzen.

ZEIT ONLINE: Selbst SPD-Bundesfinanzminister Olaf Scholz warnt vor einem Abschwung.

Carsten Sieling: Wenn die Wirtschaft nicht mehr so stark wächst, wie in den vergangenen Jahren,

Ich will, dass wir in Bremen in ein Jahrzehnt der Investitionen eintreten. Das heißt aber nicht nur, Beton ausgießen, sondern in die Köpfe der Menschen, in Sozial- und Bildungspolitik investieren.

wird man damit umgehen müssen. Ich halte aber nichts davon, in Panik zu verfallen. Aber Vorsicht ist natürlich die vornehme Aufgabe eines Bundesfinanzministers.

ZEIT ONLINE: Rund 16.000 Bremer sind langzeitarbeitslos, seit Jahren, trotz des Aufschwungs. Warum ist es so schwer, sie in Arbeit zu bringen?

Carsten Sieling: Die Langzeitarbeitslosigkeit ist die Kernursache für unsere leider sehr hohe Kinderarmut. Mit der Schließung der Werften und durch die zunehmende Automatisierung in den Häfen sind viele Arbeitsplätze verloren gegangen. Unter der jahrelang finanziell sehr angespannten Situation hat auch die Arbeitsmarktpolitik gelitten. Als Land haben wir jetzt wieder zwei Programme aufgelegt, in denen über 650 Langzeitarbeitslose wieder eine echte Perspektive kriegen, die als Umweltwächter für Sauberkeit in der Stadt sorgen, als Fahrgastbegleitende in den Bussen und Bahnen unterwegs sind oder ganz regulär in bremischen Unternehmen arbeiten – all das zu Tariflohn. Das ist auch kompatibel mit dem neuen Programm von SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil. Denn hierdurch werden Unternehmen bis zu fünf Jahre staatlich gefördert, wenn sie Langzeitarbeitslose einstellen und nach Tarif zahlen. Darauf setzen wir große Hoffnungen.

ZEIT ONLINE: Bis heute kämpft die SPD mit ihren Hartz-IV-Reformen, manche bezeichnen diese als historischen Fehler, den die Partei gemacht hat. Parteichefin Andrea Nahles will bei der Klausur des SPD-Vorstands am Wochenende endlich einen neuen Umgang damit finden. Sie sind ein Kritiker von Hartz IV. Was erwarten Sie von einer Reform?

Carsten Sieling: Ich war nie ein Unterstützer der Hartz-IV-Reform und finde es enorm wichtig, dass wir dieses Stigma endlich überwinden. Die Pläne, die auf dem Tisch liegen, finde ich gut: Wir brauchen mehr Maßnahmen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu geben. Der Mindestlohn muss höher werden, damit Menschen, die arbeiten, nicht aufstocken müssen. Für Menschen, die lange gearbeitet haben, sollte der ALG-1-Bezug verlängert werden. Und wir

brauchen endlich eine vernünftige Grundsicherung für alle Kinder. Familien dürfen nicht wegen ihrer Kinder in Armut fallen. Kinder brauchen eine eigenständige Existenzsicherung, denn jedes Kind ist gleich viel wert. Das muss die Richtschnur einer neuen sozialdemokratischen Kindergrundsicherung sein. Ich habe diese Forderung seit Jahren vertreten und bin sehr froh, dass Andrea Nahles sich dieser nun angenommen hat.

ZEIT ONLINE: Das sind wieder nur kleine Stellschrauben. Hartz IV wird bleiben. Müsste die SPD nicht viel radikaler denken? Zum Beispiel über ein Grundeinkommen, so wie es die Grünen fordern?

Carsten Sieling: Davon halte ich nichts. Das Grundeinkommen sichert einen doch nur finanziell auf niedrigem Niveau ab – aber man kann sich keine Lebensperspektive aufbauen. Es braucht eine vernünftige Absicherung für Phasen, die schwierig sind und auch für die zunehmende Digitalisierung, die Jobs verändern wird.

ZEIT ONLINE: In der großen Koalition bekommen Sie wahrscheinlich noch nicht mal die Kindergrundsicherung durch.

Carsten Sieling: Die große Koalition sollte sich auch Großes vornehmen, sonst braucht sie kein Mensch. Eine vernünftige Kindergrundsicherung wäre ein großer Wurf. Man wird sehen, ob die CDU die Kraft hat, Großes zu tun.

ZEIT ONLINE: Sollte die große Koalition Ihrer Meinung nach bald enden?

Carsten Sieling: Das kommt auf ihre Performance an. Die SPD setzt gerade viel um, das Gute-Kita-Gesetz, das Gesetz für die Langzeitarbeitslosen, das Einwanderungsgesetz. Im Herbst werden wir uns die Bilanz angucken und dann entscheiden, ob wir weiterregieren. Alles ist offen. Ich erwarte aber vor allem, dass der ewige Streit jetzt aufhört.

ZEIT ONLINE: Die SPD wäre in ihrem aktuellen Zustand doch gar nicht bereit für eine Neuwahl.

Carsten Sieling: Das ist Quatsch. Wenn es so weit käme, ist die SPD bereit.

ZEIT ONLINE: Sie gehören zum linken Flügel der SPD. Finden Sie es nicht bemerkenswert, dass der Oberrealo Olaf Scholz einen höheren Mindestlohn und die Garantierente bis 2040 fordert und jetzt auch den Spitzensteuersatz erhöhen will. Was ist da passiert?

Carsten Sieling: Im Gegenteil. Ein Realo muss links sein. Die Zeiten des harten Sparens und des Neoliberalismus sind vorbei. Wer heute für die Stärkung des Sozialstaats eintritt, der ist auf der Höhe der Zeit.

ZEIT ONLINE: Ist die SPD an ihrer Spitze richtig

aufgestellt? Altkanzler Gerhard Schröder hat der Parteivorsitzenden Andrea Nahles "Anfängerfehler" vorgeworfen.

Carsten Sieling: Ich war noch nie ein Freund ungefragter Ratschläge von der Seitenlinie. Jedenfalls haben die vergangenen Monate gezeigt: Der ständige Wechsel von Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden, der Glaube, dass es an der Person allein liegt, all das hat uns nicht weitergebracht.

Feierliche Eröffnung der 65. Bürgerpark-Tombola

06.02.2019

Bürgermeister Dr. Carsten Sieling hat heute gemeinsam mit Bürgerparkvereinspräsident Joachim Linnemann die 65. Bürgerpark-Tombola eröffnet. Sieling dankte dem Bürgerparkverein für die beispielhafte und wertvolle Arbeit, der Bürgerpark-Tombola für ihr tolles Engagement und natürlich allen Unternehmen, die die Tombola durch ihre Gewinnspenden unterstützt haben. Die Bürgerpark-Tombola leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Pflege des beliebten Landschaftsparks. In diesem Jahr kommt der Erlös neben dem Bürgerpark auch dem Park Links der Weser und dem Wätjens Park zugute. „Eine Aktion, von der die ganze Stadt etwas hat“, freute sich der Bürgermeister. Sein



Tombolastart auf dem Hanseatenhof in der Bremer Innenstadt
© Senatspressestelle

Appell an die Bremerinnen und Bremer: „Lose kaufen und damit Gutes tun,“

Gute Nachrichten für Bremer Mieterinnen und Mieter: Mehr kommunaler Wohnungsbau

05.02.2019

Senat und Sparkasse Bremen einig über Kauf und Verkauf von Anteilen an BREBAU und GEWOBA

Die Stadt Bremen wird alleinige Eigentümerin der Wohnungsbaugesellschaft BREBAU. Die Sparkasse Bremen verkauft ihren BREBAU-Anteil in Höhe von 50 Prozent an die Stadt und kauft im Gegenzug 6,9 Prozent der GEWOBA von der Kommune. Bremen hält dann 75,1 Prozent der GEWOBA. Eine entsprechende Vereinbarung haben heute Finanzsenatorin Karoline Linnert und Tim Neemann, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Bremen, getroffen. Die Stadt Bremen muss in der Gesamtschau beider Transaktionen rund 190 Millionen Euro aufbringen. Die Summe wird durch Einnahmen aus dem Verkauf der BLB-Anteile sowie aus Dividenden beider Wohnungsbaugesellschaften gedeckt.

Hierzu erklärt der Präsident des Senats, Bürgermeister **Carsten Sieling**: „Ich freue mich sehr, dass wir heute in Bremen ein neues Kapitel im städtischen Wohnungsbau aufschlagen. Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Es ist heute wichtiger denn je, das Recht auf Wohnen nicht den Kräften des Marktes zu überlassen. Die BREBAU ist als Unternehmen sehr gut aufgestellt und mit gut 6.000 Wohnungen im eigenen Besitz und rund 5.000 weiteren Wohn- und Gewerbeeinheiten in der Verwaltung nach der GEWOBA die zweitgrößte Wohnungsbaugesellschaft in unserer Stadt. Mit dem Kauf der BREBAU sichern wir für Tausende Bremerinnen und Bremer gutes und bezahlbares Wohnen auch für die Zukunft und stärken zudem den sozialen Wohnungsbau. Wir werden in Bremen auch in den kommenden Jahren viele neue Wohnungen bauen müssen und die BREBAU wird in diesem Sinne ein weiterer wichtiger Motor für die

Wohnungsbaupolitik des Bremer Senats sein.“

Bürgermeisterin **Karoline Linnert** ergänzt: „Eine sehr gute Botschaft für die Mieterinnen und Mieter in Bremen. Bezahlbare Mieten sind ein wichtiger Punkt der Daseinsvorsorge. Bremen will den Wohnungsmarkt nicht privaten Investoren überlassen. Wir setzen auf kommunale Wohnungsbaugesellschaften als Garant für bezahlbare Mieten und einem Interesse an regelmäßigen Investitionen in ihre Gebäude. Die beiden Gesellschaften besitzen zusammen über 47.000 Wohnungen“, betont Finanzsenatorin Karoline Linnert. „Ich bin froh, dass Bremen bald über zwei solide Wohnungsbaugesellschaften verfügt. Ein kostbarer Besitz – nicht nur finanziell betrachtet. Es ist von unschätzbarem Wert, wenn die Stadt Einfluss auf die Miethöhe von zigtausenden Wohnungen hat. Bremen hat extrem schlechte Erfahrungen mit Heuschrecken-Investoren gemacht, die im Wohnungsbesitz vor allem ein Instrument zur Gewinnmaximierung sehen



Bürgermeister Dr. Carsten Sieling, Tim Nesemann, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Bremen und Bürgermeisterin Karoline Linnert © Senatspressestelle

– mit verheerenden Folgen für die Mieterinnen und Mieter.“

Tim Nesemann, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Bremen erläutert: „Für uns ist eine attraktive, lebenswerte Stadt die Existenzgrundlage. Dazu zählen auch gute und bezahlbare Wohnungen für einkommensschwächere Bürgerinnen und Bürger. Hierauf wollen wir durch unser langfristiges und jetzt noch weiter aufgestocktes Engagement bei

der GEWOBA auch zukünftig Einfluss nehmen.“ Karoline Linnert erinnert in diesem Zusammenhang an die so genannte Privatisierungsbremse in der Bremer Landesverfassung. Die Bremische Bürgerschaft hat 2013 in der Landesverfassung hohe Hürden vor einem Verkauf von mehr als 50 Prozent eines öffentlichen Unternehmens, das dem Gemeinwohl dient, aufgestellt. „Ich gehe davon aus, dass es auf sehr, sehr lange Sicht in Bremen keine Privatisierung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften geben wird – weder in der Bürgerschaft noch in der Bevölkerung kann ich mir dafür eine Mehrheit vorstellen – und das ist gut so!“

Informationen zur GEWOBA

Die GEWOBA vermietet, errichtet und veräußert Wohnungen, die grundsätzlich nach Größe, Ausstattung und Preis für breite Schichten der Bevölkerung geeignet sind, mit dem Ziel einer ausreichenden Wohnungsversorgung aller Bevölkerungsschichten entsprechend ihrer unterschiedlichen Wohnbedürfnisse. Zum 31. Dezember 2017 bewirtschaftete die GEWOBA insgesamt 41.627 eigene Mietwohnungen und Gewerbeeinheiten. Die durchschnittliche Nettokaltmiete betrug 5,76 Euro pro Quadratmeter.

Informationen zu BREBAU

Die BREBAU steht für ein breites immobilienwirtschaftliches Angebot – von günstigen und barrierefreien Singlewohnungen über Reihenhäuser bis zu exklusiven Eigentumswohnungen. 2017 bewirtschaftete die BREBAU 5.827 eigene Wohn- und Gewerbeeinheiten.

Außerdem verwaltete sie weitere 4.897 Wohn- und Gewerbeeinheiten. Die Durchschnittsmiete betrug 5,63 Euro pro Quadratmeter.

Auf Grundlage der Vereinbarung werden jetzt Kaufverträge ausgearbeitet. Diese treten erst in Kraft, wenn der Senat und der Haushalts- und Finanzausschuss der Bürgerschaft zustimmen.

04.02.2019

Bürgermeister Carsten Sieling befürwortet einen Volksentscheid zur Bebauung der Galopprennbahn, hält aber an den Plänen des Senats fest. Der Opposition macht er schwere Vorwürfe. Interview mit dem Weser-Kurier.

Weser-Kurier: Herr Bürgermeister, das Volksbegehren gegen die Bebauung der Galopprennbahn wird voraussichtlich erfolgreich sein. Damit am 26. Mai parallel zur Bürgerschaftswahl ein Volksentscheid stattfinden kann, müssen noch ein paar rechtliche Hürden beiseite geräumt werden. Setzen Sie sich dafür ein, dass es zum Volksentscheid kommen kann?

Carsten Sieling: Wir werden das im Senat ganz zügig beraten und die rechtlichen Fristen möglichst gar nicht voll ausschöpfen. Inhaltlich lehnen wir das Ziel des Volksbegehrens ab, weil wir der Überzeugung sind, dass Bremen das Rennbahngelände für den Wohnungsbau dringend benötigt. Wenn sich die Stadtbürgerschaft diesem Votum anschließt, kann damit der Weg für einen Volksentscheid frei gemacht werden.

Weser-Kurier: Tausend neue Wohnungen auf dem Rennbahngelände: Das klingt mal wie ein Wahlkampfknüller für Rot-Grün, weil die Stadt ja tatsächlich dringend neue Wohnungen braucht. Stattdessen bläst Ihnen jetzt der Wind ins Gesicht, die Gegner des Vorhabens mobilisieren für einen Volksentscheid. Wie konnte es so weit kommen?

Carsten Sieling: Dieses Vorhaben ist nach wie vor ein Knüller. Wir öffnen das Gelände für die gesamte Stadt, für alle Bürgerinnen und Bürger. Seit Jahrzehnten ist es ja nur sehr eingeschränkt zugänglich. Der Rennbetrieb war schon viele Jahre lang ein Subventionsgegenstand, und damit musste irgendwann Schluss sein. Das Zweite ist: Wir brauchen in guter städtischer Lage Flächen, damit neue Wohnungen gerade für Familien, die händeringend danach suchen, entstehen können.

Weser-Kurier: Wenn Ihre Argumentation so

überzeugend ist: Warum gibt es dann so viel Widerstand? Ist das Rennbahnprojekt schlecht vermittelt worden, hapert es am politischen Management? Ihr Wirtschaftssenator Martin Günthner hatte das Vorhaben ja Ende 2015 recht überraschend aus dem Hut gezaubert und angekündigt: Hier kommen 1000 Wohnungen hin, es geht nicht um das Ob, sondern um das Wie.

Carsten Sieling: Projekte dieser Größenordnung führen immer zu Diskussionen, manchmal auch zu Auseinandersetzungen. Das ist auch in Ordnung. Aber man kann nicht sagen, wir hätten den Menschen in Hemelingen und der Vahr das Vorhaben sozusagen übergestülpt. Nach der politischen Grundsatzentscheidung gab es eine ganze Reihe von Beteiligungsprozessen für die Menschen im Stadtteil. Wir haben über Jahre mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Die Bürgerinitiative hat sich erst Anfang 2018 entschlossen, den Weg eines Volksbegehrens einzuschlagen. Das war natürlich ihr gutes Recht. Die Sache muss jetzt zur Entscheidung gebracht werden. Ich will da keine Hängepartie. Deshalb ist es gut, wenn wir am 26. Mai ein Votum kriegen für Wohnungsbau und für ein Gelände, das dann für alle öffentlich zugänglich ist.

Weser-Kurier: Haben Sie den potenziellen Widerstand in der Bevölkerung schlicht unterschätzt?

Carsten Sieling: Wir haben das als Senat von Beginn an gesehen und natürlich auch darüber beraten, wie wir damit umgehen. Aber es war auch immer klar: Eine Null-Lösung – also auf dem Rennbahngelände alles so zu lassen, wie es ist – kann es nicht geben. Ich habe seit 2017 selbst viele Gespräche mit den Menschen vor Ort geführt und dabei auch den Gegenwind gespürt, von dem Sie sprechen. Ich habe aber auch nie einen Zweifel daran gelassen, dass wir an unserer Grundsatzentscheidung für Wohnungsbau festhalten.

Weser-Kurier: Es kann Sie nicht überraschen, dass sich die Opposition in der Bürgerschaft jetzt an

die Bürgerinitiative ranschmeißt. CDU und FDP werden auch im Wahlkampf versuchen, das Rennbahn-Thema zu einem Scherbengericht über die gesamte rot-grüne Baupolitik zu machen.

Carsten Sieling: Man darf sich schon wundern über das, was CDU und FDP da aufführen. Aus meiner Sicht ist das organisierte Verantwortungslosigkeit. Beide Parteien reden von morgens bis abends darüber, dass Bremen eine wachsende Stadt sein soll und beklagen einen Mangel an Wohnbauflächen. Der Umgang von CDU und FDP mit dem Thema ist also ein rein taktischer. Das können nur Parteien machen, die keine Verantwortung übernehmen wollen.

Weser-Kurier: Ihr grüner Koalitionspartner ist jetzt mit einem neuen Vorschlag vorgeprescht, der wohl den Druck aus dem Kessel nehmen soll. Die griffige Formel lautet: halbe-halbe, also 50 Prozent Bebauung und 50 Prozent Grün- und Freizeitflächen. Aus Ihrer Partei, der SPD, hört man verhaltene Zustimmung. Aber man hat den Eindruck: Die SPD läuft hinter der Musik her und überlässt anderen die Initiative.

Carsten Sieling: Die grüne Formel mag griffig sein, aber das war's dann aus meiner Sicht auch schon. Es hat doch nie jemand vorgeschlagen, dass die gesamten 30 Hektar Rennbahngelände dichtgebaut werden sollen. Niemand will dort eine Betonwüste. Es war immer klar: Mindestens ein Drittel des Geländes soll als öffentliche Grünfläche erhalten bleiben. Der Rest könnte auf öffentliche Infrastruktur wie Sportflächen und Spielplätze sowie Wohnen entfallen. Die Festlegung der genauen Mischung bleibt den weiteren Beratungs- und Beteiligungsprozessen überlassen.

Weser-Kurier: Sie sagen also: Was die Grünen jetzt vorschlagen, ist nicht wirklich neu?

Carsten Sieling: Wir sind jedenfalls in der Sache nah beieinander. Der Vorstoß, von dem Sie sprechen, kommt jetzt aus der grünen

Bürgerschaftsfraktion. Hingegen hat das grün-geführte Bauressort des Senats in den vergangenen Jahren die Planungen ordentlich und transparent gemeinsam mit dem Wirtschaftsressort vorbereitet. Dabei haben wir als Senat immer auf Beteiligung der Beiräte und der Menschen vor Ort geachtet. Ich würde jedenfalls als Bürgermeister nicht überschlau aus dem Rathaus kommen und Vorschläge machen, ohne die gewählten Gremien vor Ort und das Bauressort einzubeziehen.

Weser-Kurier: Das klingt, als ob Sie vom Vorstoß der Grünen nicht sonderlich begeistert wären.

Carsten Sieling: Ich habe mir den Vorschlag sorgfältig angeschaut und darin nichts wirklich Neues gefunden. Denn alle Themen, die da angesprochen werden, sind bereits Teil des laufenden Planungsprozesses. Was zählt: Wir sind

Wir brauchen in guter städtischer Lage Flächen, damit neue Wohnungen gerade für Familien, die händeringend danach suchen, entstehen können.

uns in der Koalition einig. Die Aussage lautet: Wir stehen zu unserer Entscheidung, auf dem Rennbahngelände zu bauen. Und wir wollen eine Entscheidung am 26. Mai, damit wir das Thema nach der Wahl vernünftig voranbringen können.

Weser-Kurier: Sie beschwören die Einigkeit der Koalition. Worüber genau muss sich Rot-Grün einig sein?

Carsten Sieling: Erstens: Das Rennbahnquartier darf keine Betonwüste werden, Hochhäuser haben dort keinen Platz. Zweitens: Wir wollen Wohnraum mit unterschiedlichen Preislagen schaffen, insbesondere für Familien, die bisher im Stadtgebiet wenig bezahlbare Angebote finden und sonst ins niedersächsische Umland abwandern. Drittens: Wir brauchen eine Freiraum- und Grünplanung, die Lebensqualität auch für die Menschen aus den angrenzenden Stadtteilen schafft. Das ist der Kern.

Weser-Kurier: Die Grünen würden ihren 50/50-Vorschlag am 26. Mai gern mit auf dem Abstimmungszettel platzieren, sozusagen als

Alternativvorschlag zur Null-Lösung der Bürgerinitiative. Dazu bräuchte es einen entsprechenden Beschluss der Bürgerschaft. Hätte das Ihren Segen?

Carsten Sieling: Was die Bürger am 26. Mai brauchen, ist eine Alternative zwischen der Null-Lösung, wie sie die Bürgerinitiative befürwortet, und dem, was der Senat stets vertreten hat: nämlich eine verantwortungsvolle Bebauung auf einem Teil des Rennbahnareals. Wie diese Alternative formuliert ist, darüber wird die Stadtbürgerschaft im Februar auf einer Sondersitzung zu entscheiden haben.

Weser-Kurier: Sie wollen die Auseinandersetzung mit den Initiatoren des Volksbegehrens also offensiv angehen?

Carsten Sieling: Es ist absolut anerkennenswert, dass die Bürgerinitiative knapp 30 000 Unterschriften für ihr Anliegen gesammelt hat. Aber so sehr ich das anerkenne, kann es aus meiner Sicht doch nur darum gehen, wie wir das Gelände für alle öffnen und eben auch für den Wohnungsbau nutzen. Darüber können wir gern weiter in den nächsten Monaten engagiert diskutieren. Die Parteien werden sich ja auch entsprechend positionieren. Für mich ist es keine Lösung, das Rennbahngelände einfach eingezäunt zu lassen und dort nichts zu machen.

Die Fragen stellte Jürgen Theiner.

Bremer Kulturszene im Rathaus

01.02.2019

Mehr als 100 Künstlerinnen und Künstler sowie Leiterinnen und Leiter von Kultureinrichtungen nahmen am Freitag am Senatsempfang „Kulturimpuls 2019“ für die Bremer Kulturszene in der Oberen Halle des Rathauses teil. Nach der musikalischen Eröffnung durch ein Trio der Bremer Philharmoniker begrüßte sie Bremens Kultursenator, Bürgermeister Dr. Carsten Sieling, und dankte ihnen für ihre engagierte Arbeit. „Wir können uns glücklich schätzen, solch ein vielfältiges und innovatives Kulturleben zu haben, das Bremen zu einer lebenswerten Stadt macht. Dazu gehören unsere großen Einrichtungen genauso wie die vielen freien Akteure und ihre Projekte“, sagte der Bürgermeister. Ein attraktives Kulturangebot sei ein wichtiger Standortfaktor, der die Stadt auch für Auswärtige interessant mache.

Der Kultursenator betonte, dass die Akteure weiterhin auf eine stabile und verlässliche Förderung zählen könnten. Er dankte allen, die sich an den Diskussionen und Workshops zum

Kulturförderbericht beteiligt haben. Dieser enthält eine fundierte Bestandsaufnahme, macht die Förderkriterien transparent und formuliert Entwicklungsperspektiven für die Kulturszene. „Mir ist es wichtig, dass auch in der Kultur auskömmliche Honorare gezahlt werden und die dort Tätigen eine angemessene Alterssicherung erwerben“,



Musikalische Begleitung durch die Bremer Philharmoniker
© Senatspressestelle

konkretisierte der Bürgermeister ein Anliegen. Dies müsse künftig bei der Projektmittelvergabe stärker berücksichtigt werden.



Ein attraktives Kulturangebot ist ein wichtiger Standortfaktor, der die Stadt auch für Auswärtige interessant macht. © Senatspressestelle

Die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eröffnet Bremen ab 2020 größere finanzielle Spielräume, von denen auch die Kultur profitieren soll. „Das von mir verantwortete Haus, die Kulturbehörde, schafft schon jetzt die fachliche Grundlage für die Einbringung in den nächsten Haushalt“, erklärte der Kultursenator.

Die großen, auch überregional wahrgenommenen Einrichtungen sollen, wenn sie Mehrbedarfe nachweisen können, finanziell bessergestellt werden, so Kulturstatsrätin Carmen Emigholz. Neben der seit Jahren bewährten Strategie, mit den Einrichtungen mehrjährige Kontrakte abzuschließen, soll nun ein Finanzierungskonzept für die Freie Szene auf den Weg gebracht werden, das sich an den individuellen Arbeitsverhältnissen orientiert. Bausteine dafür sind in den „Denkzellen“ mit der Freien Szene schon definiert worden. Staatsrätin Emigholz regte an, im Rahmen der Projektförderung Qualifizierungsgutscheine zu vergeben, mit denen angehende freischaffende Künstlerinnen und Künstler eine fachspezifische Berufsberatung in Anspruch nehmen können. „Ich freue mich, dass der Dialog mit der Freien Szene in den Denkzellen fortgeführt wird“, sagte der Bürgermeister. Abschließend dankte er den Sponsorinnen und Sponsoren und allen ehrenamtlichen Kräften für ihr bürgerschaftliches und mäzenatisches Engagement, ohne das vieles nicht verwirklicht werden könnte.

Neuer Ortsamtsleiter für Oberneuland

01.02.2019

Bürgermeister Carsten Sieling überreichte Ernennungsurkunde

Das Ortsamt Oberneuland hat einen neuen ehrenamtlichen Ortsamtsleiter. Aus den Händen von Bürgermeister Dr. Carsten Sieling hat Matthias Kook heute seine Ernennungsurkunde überreicht bekommen. Im anschließenden Gedankenaustausch sprachen der neue Amtsinhaber und Beiratssprecherin Tamina Kreyenhop mit dem Bürgermeister über anstehende Projekte: Aus Sicht des Beirats und des Ortsamtes genießt nach der anstehenden Supermarktansiedlung die Neuordnung der Oberneulander Mitte – der Bereich um Schule, Feuerwehr und Ortsamt – hohe Priorität. Zusätzlich soll am Achterdieksee über neue Angebote für Kinder und Jugendliche nachgedacht werden.



© Senatspressestelle

Matthias Kook ist 47 Jahre alt. Der Beirat Oberneuland hat ihn am 11. Dezember 2018 zum neuen Ortsamtsleiter gewählt. Er ist Nachfolger von Jens Knudtsen, der aus persönlichen Gründen aus dem Amt ausgeschieden ist.

Bürgerservice deutlich verbessert - Programm Zukunftsorientierte Verwaltung zeigt positive Wirkung

29.01.2019

"Viel erreicht und noch viel zu tun"

Zahlreiche Maßnahmen rund um die Themen Digitalisierung der Verwaltung und kundenfreundlicher Bürgerservice bilden einen Schwerpunkt der ressortübergreifenden Senatsarbeit. Je 20 Millionen Euro Verstärkungsmittel wurden 2018 und 2019 dafür im Haushalt bereitgestellt. Bürgermeister Sieling: „Durch die aktuelle Fortschreibung legen wir den Fokus verstärkt auf die Digitalisierung und die damit verbundene veränderte Ausrichtung des Bürgerservice. Mit unserem Programm ‚Zukunftsorientierte Verwaltung‘ haben wir schon jetzt spürbare Verbesserungen erarbeitet. Dabei geht es auch um niedrigschwellige Angebote unmittelbar in den Stadtteilen. Unsere

öffentlichen Dienst werden durch digitalisierte Verfahren und effektive Arbeitsstrukturen entlastet. Die Digitalisierung der Verwaltung und ein guter Bürgerservice sind auch künftig Daueraufgaben. Die Arbeit geht weiter“, erklärte Bürgermeisterin und Finanzsenatorin Karoline Linnert anlässlich des im Senat beschlossenen Berichts über den aktuellen Stand des Programms „Zukunftsorientierte Verwaltung“ und den dort zusammengefassten 56 Projekten.

Am Dienstag traf sich der Beirat „Innovative Verwaltungsentwicklung“ zum letzten Mal im Rathaus. Bürgermeister Sieling und Bürgermeisterin Linnert dankten allen Beteiligten für ihr Engagement. Der Austausch mit externen Fachleuten aus Bremen und dem gesamten Bundesgebiet habe sich bewährt und wichtige Impulse für die Planung und Umsetzung der



Bürgermeister Carsten Sieling und Finanzsenatorin Karoline Linnert stellen gemeinsam mit Dirk Stocksmeier (Mitglied im Bremer Beirat „Innovative Verwaltungsentwicklung“) und Finanzstaatsrat Henning Lühr (v.l.) den Masterplan "Zukunftsorientierte Verwaltung" vor. © Senatspressestelle

einzelnen Projekte geliefert. Der Dank gelte allen, die sich im Beirat mit ihrem Wissen eingebracht haben. Der Austausch mit Persönlichkeiten aus Bund und Ländern, Wirtschaft, Wissenschaft, Kammern und Verbänden habe gleichzeitig gezeigt, dass Bremen in wichtigen Bereichen der Digitalisierung bundesweit eine

Grundphilosophie lautet: Wir wollen alle erreichen! Wir gehen auf die Bremerinnen und Bremer zu, arbeiten vor Ort im Quartier.“

„Es ist viel passiert und noch viel zu tun. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren vom verbesserten Service und die Beschäftigten im

Vorreiterrolle übernommen hat. In welcher Form künftig externer Sachverstand bei der Verwaltungsmodernisierung einbezogen wird, bleibe dem nach der Bürgerschaftswahl neu gewählten Senat vorbehalten.

Vom heimischen Sofa direkt ins digitale Amt - Schnelle Auskunft und verlässliche Erreichbarkeit für Bürgerinnen und Bürger

Der digitale Bürgerservice hat sich deutlich verbessert und wird weiter ausgebaut. Dafür einige Beispiele:

- Die **online und telefonische Terminvergabe** (z.B. für Bürgerservicecenter oder die KFZ-Zulassung) wird rege genutzt und vermeidet Schlangen und Wartezeiten in den Ämtern. Seit dem Start Ende 2017 wurden 70.000 Termine online und 63.000 Termine telefonisch über das Bremer Bürgertelefon (115) gebucht. Ende 2019 können alle Termine für bürgernahe Dienstleistungen online vereinbart werden.
- Über das **Bremer Bürgertelefon (BTB)** werden werktags zwischen 7 und 18 Uhr zahlreiche Fragen zu Verwaltungsdienstleistungen direkt beantwortet. Das entlastet die Beschäftigten in den einzelnen Behörden. Voraussetzung ist die umfassende digitale Datenbank, auf die BTB-Beschäftigte zurückgreifen können. Anfragen rund ums Ordnungsamt konnten 2018 beispielsweise zu rund 75 Prozent direkt geklärt werden. Die restlichen 25 Prozent der Anruferinnen und Anrufer wurden entweder weiterverbunden oder ihr Anliegen wurde schriftlich vom BTB an die zuständige Stelle weitergeleitet. Ab März 2019 wird das BTB auch für die Stadt Bremerhaven den Service übernehmen.
- Das im Oktober 2018 gestartete **Online-Finanzamt** wird gut angenommen. Besonders gefragt ist die Online-Auskunft zum Bearbeitungsstand der persönlichen Steuererklärung. Im März startet der Pilotversuch zum automatischen Steuerbescheid. Maximal 200 Bürgerinnen und Bürger mit ausschließlichen Einkünften aus Renten oder Pensionen können das Finanzamt beauftragen, aus den dort vorliegenden Daten für sie automatisch eine Steuererklärung zu erstellen und zu bearbeiten. Vom 30. Januar bis 28. Februar können sich Interessierte im Netz oder per E-Mail (Alterseinkuenfte@finanzen.bremen.de)

bewerben.

- Mit dem Projekt ELFE (Einfach Leistungen für Eltern) soll das Leben frisch gebackener Eltern leichter werden. Eltern sollen künftig automatisch die Geburtsurkunde zugeschickt und das Kindergeld überwiesen bekommen - alles ohne lästige Behördengänge und nervige Suche nach den richtigen Unterlagen. Fast alle Informationen sind bei verschiedenen Stellen in der Verwaltung vorhanden – beim Standesamt, beim Finanzamt oder der Elterngeldstelle. Sie dürfen aber aufgrund der aktuellen Gesetzeslage nicht untereinander ausgetauscht werden. Mit der Erlaubnis der Eltern sollen diese Informationen für diesen Fall ausgetauscht werden. Die Eltern müssten nur noch mitteilen, wer wie lange Elternzeit nimmt und ob und in welchem Umfang sie Teilzeit arbeiten möchten. Der Bundesrat hat den Bremer Antrag einstimmig unterstützt. Aktuell wird in Absprache mit dem Bundeskanzleramt sowie dem Bundesinnen- und Bundesfamilienministerium die dafür notwendige Gesetzesänderung vorbereitet.
- Die Einführung der **Elektronischen Akte** zählt zu den größten internen Vorhaben der Bremer Verwaltung. Allein beim Pilotprojekt im Migrationsamt werden 100.000 Vorgänge (1,4 Kilometer Akten) digital erfasst. Der Vorteil: Bei rund 75.000 Gesprächen pro Jahr mit Bürgerinnen und Bürgern kann ohne Lauferei und Sucherei direkt am Arbeitsplatz auf die digitale Akte zurückgegriffen werden. Bis 2021 werden sukzessive alle Bestandsakten digitalisiert. Ab März 2019 werden alle neu eingehenden Dokumente eingescannt und den digitalen Akten hinzugefügt.
- Die elektronische Vorgangsbearbeitung (VIS – Verwaltungsinformationssystem) steht in der Verwaltung flächendeckend zur Verfügung.

Persönlicher Kontakt und bessere Behörden- Zusammenarbeit vor Ort

- Der **BürgerInformationsService** in der Stadtbibliothek West (Gröpelingen) hat sich als niedrigschwellige Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger bewährt. Im Probejahr wurden über

2000 Auskünfte persönlich erteilt. Aktuell wird geprüft, das Angebot auf andere Stadtteile auszuweiten.

- Das Projekt **Kooperative**

Verwaltungsentwicklung im Sozialraum

verbessert die Kooperation zwischen Verwaltungseinheiten. Zu ersten Erfolgen zählt die schnellere Ahndung von Schulvermeidungen, Bußgelder wurden verhängt. Schulleitungen melden Verbesserungen. Ein weiteres positives Beispiel ist die schnellere Beseitigung von Schrottautos in Blumenthal. Ein Runder Tisch beim Ortsamtsleiter befasst sich mit Problemen im Bereich der George-Albrecht-Straße.

Besserer Service für Bremer Unternehmen

In enger Kooperation mit Handels- und Handwerkskammer wird das digitale Dienstleistungsangebot für Firmen ausgebaut. „Diese Zusammenarbeit von Anfang an hat sich bewährt. So können verschiedene Aspekte, insbesondere die Erwartungen und Bedürfnisse der Wirtschaft, eingebracht und berücksichtigt werden. Das ermöglicht eine nutzerorientierte Lösung aus einem Guss“, betont Dirk Stocksmeier, Mitglied im Bremer Beirat „Innovative Verwaltungsentwicklung“ und Berater der Bundesregierung in Fragen digitaler Verwaltungsangebote für die Wirtschaft. Er sieht in digitalen Verwaltungsdienstleistungen große Vorteile für Unternehmen: „Das spart Zeit und Geld – auch im öffentlichen Dienst.“

Mit dem Projekt zur Einführung der elektronischen Rechnung (**E-Rechnung**) hat Bremen bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Die Interessen der Nutzerinnen und Nutzer wurden von Anfang an durch die frühzeitige Einbindung der Wirtschaft in die Entwicklung des neuen Angebots berücksichtigt. Als erstes Bundesland hat Bremen im November 2018 die zentrale E-Rechnungs-Plattform gestartet. Ein Informations- und Unterstützungsangebot für Unternehmen bzw. Lieferanten der Verwaltung wurde in Zusammenarbeit mit den Kammern realisiert, um die Nutzung der X-Rechnung zu erleichtern.

Mit Fördergeldern der EU wird das Digitalisierungsprojekt fortgesetzt. Bremen arbeitet auf Hochtouren zusammen mit Dataport und Governikus an der Verknüpfung der Bremer E-Rechnungs-Plattform mit dem entsprechenden EU-Netzwerk. Damit wird die europaweite sichere und schnelle Abwicklung von E-Rechnungen ermöglicht – direkt von Rechner zu Rechner.

Außerdem werden Ende November 2019 alle öffentliche Betriebe, Hochschulen und Mehrheitsbeteiligungen an die zentrale Bremer E-Rechnungseingangs-Plattform angeschlossen. Damit wird eine einheitliche E-Rechnungs-Plattform für alle Lieferanten der öffentlichen Auftraggeber geschaffen.

Bei der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen für Unternehmen setzt der Senat auch künftig einen Schwerpunkt. So nimmt Bremen eine Schlüsselrolle bei der bundesweiten Umsetzung des **Online-Zugangs-Gesetzes** (OZG) im für die Wirtschaft besonders relevanten Themenfeld Unternehmensführung und Entwicklung ein. In Absprache mit Handels- und Handwerkskammer sowie den Unternehmensverbänden werden Digitalisierungsprojekte der Gewerbeanmeldung, des Beschaffungsprozesses sowie Leistungen aus dem Aus- und Weiterbildungsbereich begonnen.

Gleichzeitig wurde ein Prozess mit den Wirtschaftsvertretungen gestartet, welche Verwaltungsdienstleistungen von Unternehmen in Bremen besonders in den Fokus genommen werden sollen. Dazu tagte am Dienstag eine Lenkungsgruppe, die das Vorgehen, den Zeitplan und die Einbindung der Unternehmerschaft aus Bremen beschließen wird.

LINK zum Download:

Programm "Zukunftsorientierte Verwaltung - Masterplan 2018/2019" www.finanzen.bremen.de/info/detail.php?qsid=bremen53.c.57848.de

Feierliche Verleihung des 65. Bremer Literaturpreises

28.01.2019

Pressemitteilung der RUDOLF-ALEXANDER-SCHRÖDER-STIFTUNG - Stiftung des Senats der Freien Hansestadt Bremen:

Der Bremer Literaturpreis 2019 wurde am Montag im Rahmen eines Festaktes in der Oberen Rathaushalle an Arno Geiger verliehen. Der Autor erhält die mit 25.000 Euro dotierte Auszeichnung für seinen 2018 im Hanser Verlag erschienenen Roman „Unter der Drachenwand“. Jurymitglied Dr. Daniela Strigl bewunderte in ihrer Laudatio an Geigers Roman „die

Kunst der Komposition und Ökonomie, Geigers Versenkung in seine Figuren, sein sensibles Ohr für den ‚richtigen‘ Klang der einzelnen, für das Bröckeln einer unter dem Druck der Propaganda hohl gewordenen Sprache“.

Den von der ÖVB - Öffentliche Versicherung Bremen - finanzierten Förderpreis in Höhe von 6.000 Euro erhielt Heinz Helle für seinen im Suhrkamp Verlag erschienenen Roman „Die Überwindung der Schwerkraft“. Dr. Wiebke Porombka, Jurymitglied des Bremer Literaturpreises, sagte in ihrer Laudatio für den Förderpreisträger: „Auch wenn die Sätze kaum enden wollen, Heinz Helles Sprache ist das Gegenteil eines Verirrens. Ihr sanfter Rhythmus entsteht durch die Gleichzeitigkeit von Zögern und Präzision.“

Der Kultursenator, Bürgermeister Dr. Carsten Sieling, betonte in seinem Grußwort zur Verleihung des Bremer Literaturpreises, dass „Lesen weitaus mehr ist als eine Kulturtechnik, die uns zur Bewältigung des Alltags befähigt. Lesen können ist die Voraussetzung zum Wissenserwerb und zur



Bürgermeister & Kultursenator Dr. Carsten Sieling mit den beiden Preisträgern Arno Geiger („Unter der Drachenwand“), Heinz Helle („Die Überwindung der Schwerkraft“) und dem Vorsitzenden der Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung, Staatssekretär a.D. Michael Sieber. © Senatspressestelle

Kommunikation. Die Lektüre von Literatur ermöglicht uns die Entdeckung anderer Lebensentwürfe und interessanter Schicksale. Bücher vermitteln uns Einsichten, die uns sonst verborgen bleiben würden“.

Die Preise überreichte der Vorsitzende der Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung, Staatssekretär a.D. Michael Sieber. Die Veranstaltung wurde musikalisch umrahmt von Håkon Kornstad (u.a. Saxophon). Der musikalische Beitrag wurde mit freundlicher Unterstützung der jazzahead! ermöglicht - jazzahead.de/de/

Arno Geiger wurde 1968 in Bregenz, Österreich, geboren. Er lebt seit 1993 als freier Schriftsteller in Wien. 1997 erschien sein Debütroman „Kleine Schule des Karussellfahrens“. Als Leitmotiv seines Kunst- und Lebensverständnisses formuliert Arno Geiger: „Kunst bewahrt den Menschen nicht vor dem Chaos, sondern vor der Ordnung. Kunst bewahrt das Individuum vor dem eindimensionalen Blick. Einzigartig ist der Mensch nicht auf einfache, sondern auf komplizierte Art.“

Heinz Helle, geboren 1978 in München, studierte Philosophie in München und New York und ist Absolvent des Schweizerischen Literaturinstituts.

Er lebt heute in Zürich. Sein Romandebüt „Der beruhigende Klang von explodierendem Kerosin“ wurde von der Kritik durchweg positiv aufgenommen.

Aufruf zu vielfältiger und lebendiger Erinnerungsarbeit

27.01.2019

"Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ist ein fester Bestandteil unseres Selbstverständnisses und der deutschen Identität", sagte Bürgermeister Carsten Sieling am Sonntag, dem 27. Januar bei der zentralen Gedenkveranstaltung des Bremer Senats zum Tag des Gedenkens am Denkort Bunker Valentin.

Er rief dazu auf, vielfältige Formen der Erinnerungsarbeit zu pflegen und lebendig zu halten. Dieses Engagement sei gerade in einer Zeit wichtig, in der überall in Europa rechte und rechtsextreme Parteien und Bewegungen Zulauf erhielten, die sich offen gegen eine freie und pluralistische Gesellschaft stellten und unverhohlen gegen Andersdenkende und Fremde Stimmung machten.

Der Denkort Bunker Valentin sei ein wichtiger Ort des Gedenkens und der Trauer. Durch die



innovative pädagogische Arbeit der Bremer Landeszentrale für politische Bildung werde hier ein wichtiger Beitrag zur Vermittlung von Geschichte und historischem Bewusstsein geleistet und die Gesellschaft für die Gefährdung der Demokratie sensibilisiert.

Hier im [Download \(pdf, 481.2 KB\)](#) die Rede von Bürgermeister Sieling.

Ausblick auf kommende Termine

- 12.02.2019 Brauchen wir eine neue Staatskunst? - Kolloquium im Bremer Rathaus
- 15.02.2019 Habenhauser Schaffermahl
- 18.02.2019 Benefizkonzert des Bundespräsidenten

Weitere Termine unter rathaus.bremen.de/buergermeister/termine

Sie möchten die Bürgermeister News abonnieren?

Hier geht es zum Anmeldeformular:

https://www.rathaus.bremen.de/buergermeister_news_abonnieren-32752

Verantwortlich:
André Städler
Sprecher des Senats
Redaktion: Anja Raschdorf

Rathaus
Am Markt 21
28195 Bremen
Tel. (0421) 361 2396
E-Mail: buergermeister-
news@sk.bremen.de